

ben waren bei den Unruhen vor drei Jahren 872 Menschen ums Leben gekommen, über 1.800 sollen verwundet worden sein. Inoffizielle Angaben gehen von mehr als 1.300 Toten aus und es sollen Sachschäden in Höhe von über zwölf Milliarden Rupien entstanden sein. Die im Januar 1993 eingesetzte Untersuchungskommission unter Richter B.N. Srikrishna identifizierte schon bald Mitglieder und Anhänger der 'Shiv Sena' als Hauptverantwortliche für die Unruhen. Dies scheint nun auch der Hauptgrund für das Ende der Untersuchungskommission zu sein. Die Kommission hat in den drei Jahren ihres Bestehens über 400 Zeugenaussagen aufgenommen, über 500 eidesstattliche Erklärungen von Polizeibeamten und über 1.500 von Zivilisten gemachte Aussage protokolliert. Für Menschenrechtsaktivisten bedeutet die Entscheidung der Regierung ein Schlag ins Gesicht aller Opfer der

Unruhen. Die aktive Beteiligung der Polizei an den Ausschreitungen gegen die muslimische Bevölkerung während der Unruhen in der Wirtschaftsmetropole bleiben nun ungesühnt, fürchtet Amnesty International. Liberale Kreise sehen in der Auflösung der Kommission einen eklatanten Machtmißbrauch der Landesregierung unter Manohar Joshi und fürchten nun die Vernichtung von Beweismaterial, das die 'Shiv Sena' und ihre Verbündeten belasten könnte.

Programm zur Verbesserung der indisch-pakistanischen Beziehungen

Die indischen Teilnehmer und Teilnehmergruppen am indisch-pakistanischen Bürgerdialog (siehe dazu 'Südasiens', 1/96) haben sich Ende Februar in Delhi getroffen und ein gemeinsames Aktionsprogramm beschlossen, mit dem auf indischer Seite eine Annä-

herung und Verbesserung der Beziehungen zwischen Indien und Pakistan gefördert werden kann. Über 100 Delegierte aus allen Teilen Indiens haben sich bei dem Treffen in Delhi dazu verpflichtet, einen Bürgermarsch an die indisch-pakistanische Grenze vorzubereiten. Mit einem solchen Marsch soll zum 50. Jahrestag der Unabhängigkeit und Teilung des Subkontinents im August 1997 öffentlich dem Friedenswillen der indischen Bevölkerung und ihrem Wunsch nach freundschaftlichen Beziehungen zum westlichen Nachbarn Ausdruck verliehen werden. Gleichzeitig soll eine landesweite Unterschriftenaktion organisiert werden, mit der die Regierungen der beiden Länder dazu aufgefordert werden sollen, alle bilateralen Differenzen auf friedlichem Wege zu lösen. Der nächste gemeinsame Bürgerdialog soll im Dezember 1996 in Delhi stattfinden.

Ein Korruptionsskandal schlägt Wellen

von Theo Ebbers

"Wenn ich bei den nächsten Wahlen für meine Partei kandidiere und Parlamentsabgeordneter werden will, dann brauche ich Geld, viel Geld," erklärt mir ein befreundeter indischer Politiker bei einem Abendessen in Delhi den jüngsten Korruptionsskandal, der seit Anfang Januar immer weitere Kreise zieht. "Ohne die finanzielle Unterstützung durch Geschäftsleute und Industrielle kann ich doch den Wahlkampf nicht finanzieren - die Partei hat kein Geld. Wenn mir dann jemand 100.000 oder auch eine Millionen Rupien als Spende an die Partei übermittelt, kann ich diese doch nicht ablehnen," versucht mein Bekannter die Annahme von riesigen Geldmengen durch hochrangige indische Politiker zu rechtfertigen. Korruption als Normalfall? Fast scheint es so, denn umgerechnet mehr als 27 Millionen Mark sollen von 1988 bis 1991 in die Taschen von Bürokraten und Politikern geflossen sein, darunter der 1991 ermordete ehemalige indische Premierminister Rajiv Gandhi und der amtierende Premier Narasimha Rao. Mit der Ausstellung von Haftbefehlen gegen zehn hochrangige Politiker, darunter vier ehemalige Minister, hat der wohl bisher größte Korruptionsskandal in der Geschichte des unabhängigen Indiens Ende Februar einen vorläufigen Höhepunkt erreicht.

Schon seit 1991 liegen dem indischen 'Central Bureau of Investigation' (CBI) Dokumente vor, die belegen, daß die

Industriellenfamilie der Jains zwischen 1988 und 1991 große Geldsummen an Politiker aller Parteien gezahlt hat. Die "Jain-Tagebücher", als die diese Dokumente der indischen Öffentlichkeit bekannt geworden sind, lesen sich wie ein "who is who" der politischen Szene Indiens. 114 Empfänger großzügiger Geldspenden der Jains werden in den Büchern in verschlüsselter Form aufgelistet. Zweifelsfrei identifiziert wurden inzwischen 23 hohe Beamte und Regierungsangestellte und 62 Politiker, von denen einige noch immer Ministerposten innehaben oder Parlamentsmitglieder sind. Danach hat Rajiv Gandhi im März 1991 20 Millionen Rupien erhalten, an 'Congress'-Politiker wie Bhajan Lal, N.D. Tiwari, Kalpanath Rai, Arjun Singh, V.C. Shukla und andere sind Summen zwischen zehn Millionen und 500.000 Rupien geflossen. Aus den Reihen der oppositionellen 'Bharatiya Janata Party' (BJP) soll - als deren prominentester Vertreter - L.K. Advani zwischen April 1988 und April 1991 sechs Millionen Rupien erhalten haben. Auch Politiker aus der 'Janata Dal' wie S.R. Bommai und Sharad Yadav gehören zu den Empfängern der in den Tagebüchern aufgelisteten Geldzahlungen.

In seinen Vernehmungen durch das CBI gab S.K. Jain, der Kopf der Industriellenfamilie, an, auch Premierminister Narasimha Rao und der ehemalige indische Präsident Venkataraman hätten

von ihm Gelder in Millionenhöhe erhalten. Während diese Anschuldigungen nicht ausreichen, gegen Rao und Venkataraman zu ermitteln, hält das CBI die Tagebucheintragen der Jains als ausreichend beweiskräftig und hat Mitte Januar zunächst gegen zehn Politiker Anklageschriften vorbereitet, denen nun Ende Februar Haftbefehle folgten. Es wird erwartet, daß weitere Politiker, die in den Aufzeichnungen der Jains erwähnt wurden, schon bald mit Anklagen rechnen müssen. Das CBI gibt an, daß von den in den Tagebüchern aufgelisteten Politikern 20 strafrechtlich verfolgt werden könnten, gegen die übrigen reichten entweder die Beweise nicht aus, sie seien inzwischen verstorben oder hätten sich mit der Annahme des Geldes nicht strafbar gemacht, da sie damals keine politischen Ämter oder andere öffentlichen Funktionen inne gehabt hätten.

Anklageschriften politisch motiviert?

Das langjährige Zögern des CBI, den Korruptionsskandal zu untersuchen und gegen die Verantwortlichen vorzugehen und der nun gewählte Zeitpunkt der Anklageerhebung haben in der indischen Öffentlichkeit zu Spekulationen über politische Einflußnahme auf die Untersuchungsbehörde geführt. Bekannt sind die immensen Geldzahlungen der Jains an prominente Politiker und hochrangige Beamte schon seit beinahe fünf Jahren,

als das 'Central Bureau of Investigation', eine schon von den Briten im Kampf gegen Korruption eingerichtete Behörde, die dem Premierminister untersteht, bei einer Hausdurchsuchung auf die sogenannten Jain-Tagebücher stieß. In diesen hat Surendra Kumar Jain, der Kopf der Industriellenfamilie aus Bhilai, minutiös aufzeichnen lassen, wann und in welcher Höhe Geldzahlungen aus seinem Haus an welche Politiker geflossen sind. Obwohl für die Untersuchungsbeamten schnell feststand, daß mehr als 650 Millionen Rupien an über 100 wichtige Persönlichkeiten geflossen sein mußten, wurde eine weitere Untersuchung der Tagebucheinträge bis Mai 1993 aufgeschoben. Doch erst aufgrund des wachsenden Drucks, den das Oberste Gericht in New Delhi auf das CBI ausübte, wurden jüngst die Anklageschriften ausgestellt. Es wird gemunkelt, daß das CBI damit einer Anweisung Premierminister Raos Folge leistete, der angesichts der bevorstehenden Wahlen und lauter werdenden Vorwürfen über die Untätigkeit des CBI die Flucht nach vorn angetreten haben soll. Es sei kein Zufall, so heißt es, daß die im Januar ausgestellten Anklageschriften vor allem Raos innerparteilichen Gegnern gelten, aber auch Oppositionspolitikern anderer Parteien.

Warum, so wird gefragt, hat das CBI nur zehn Anklageschriften erstellt, obwohl doch in den beschlagnahmten Büchern noch viel mehr Politiker als Empfänger der Wohltätigkeiten aus dem Hause Jain aufgelistet sind. Auch Freunde und politische Gefährten des Premierministers werden in den Tagebüchern genannt, darunter Außenminister Pranab Mukherjee, der Ministerpräsident von Haryana, Bhajan Lal und Minister wie Kamal Nath und Rajesh Pilot. Doch wurden gegen diese - zumindest vorläufig - keine Anklageschriften ausgestellt. Diese richteten sich zunächst gegen Politiker wie Arjun Singh, der im vergangenen Jahr nach

heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen die 'Congress'-Partei gespalten und Rao schweren politischen Schaden zugefügt hatte. Ein weiterer Beschuldigter ist BJP-Vorsitzende L.K. Advani. Die Anklageschriften gegen Rao-Loyalisten, wie V.C. Shukla, wurden zunächst als ein taktischer Schachzug gesehen, der davon ablenken soll, daß es Rao vorrangig um die Ausschaltung des politischen Gegners vor den nächsten Parlamentswahlen gehe.

Sollten die Vermutungen über die politische Motivation der Anklageschriften richtig sein, hat sich dies inzwischen jedoch als Bumerang erwiesen. Nicht nur enge Vertraute Raos, sondern dieser selbst steht mittlerweile im Zentrum von Korruptionsvorwürfen und das Oberste Gericht hat Ende Februar dem CBI untersagt, weiterhin den Anweisungen aus dem Büro des Premierministers (Prime Ministers Office) Folge zu leisten, obwohl dieses formal die vorgesetzte Behörde des CBI ist. Das CBI, offenbar unbeeindruckt von den Reaktionen der Beschuldigten und deren Unschuldsteuerungen als nichtig zurückweisend, setzt seine Ermittlungen offenbar mit Nachdruck fort und hat in der ersten Märzwoche auch eine Anklageschrift gegen den BJP-Ministerpräsidenten von Delhi, Madhan Lal Kurana, ausgestellt. Mit den Anklageschriften gegen Kurana und Advani kommt die "Anders-als-andere-Partei" doch in schweres politisches Fahrwasser: Ihr Hauptwahlkampfthema Korruption betrifft nun die BJP selber.

Verschwörung gegen das politische Establishment?

Alle beschuldigten Politiker haben die Anklageschriften des CBI als unbegründet zurückgewiesen. Die Tagebucheinträge der Jains seien nichts als ein Lügengespinnst und Teil einer unglaublichen Verschwörung. Das CBI dagegen hält die Tagebucheinträge für

authentisch und als ausreichend für die erfolgte Anklageerhebung. Die Einträge fallen in drei Hauptkategorien: Verwaltungsausgaben als Zahlungen an Beamte, politische Ausgaben als Zahlungen an Politiker und 'andere' Ausgaben als Zahlungen an Freunde, Verwandte und Geschäftspartner. Diese Zahlungen korrespondieren zum Teil mit Ausgaben, Investitionen und Geldanlagen der Beschuldigten, die diese im Anschluß an die von Jain aufgezeichneten Transaktionen tätigten. In einigen Fällen lassen sich die von den Politikern getätigten Gegenleistungen konkret belegen. So hat der ehemalige Energieminister Arif Mohammed Khan Anfang 1990 dafür gesorgt, daß ein französisches Unternehmen den Zuschlag für ein Projekt des Nationalen Wärmeenergieverbandes bekam, obwohl andere Bewerber deutlich günstigere Angebote eingereicht hatten. Wie aus den Aufzeichnungen der Jains hervorgeht, hat Khan kurz danach über 60 Millionen Rupien erhalten, die an ihn über Jain im Auftrag des französischen Unternehmens in mehreren Raten geflossen sein sollen. Ähnliche Transaktionen kann das CBI auch für andere beschuldigte Politiker nachweisen, die dafür den Jains bestimmte Gefälligkeiten erbracht hätten. In anderen Fällen kann das CBI zwar die Zahlungen an die Beschuldigten nachweisen, nicht jedoch, daß sie dafür in irgendeiner Form Gegenleistungen erbracht haben.

So weisen alle bisher belasteten Politiker nicht nur jede Schuld weit von sich, sie lassen auch keinerlei Unrechtsbewußtsein erkennen. Was ist schon dabei, so ihre in deutschen Ohren nicht unbekannt Argumentation, wenn Politiker gute Beziehungen zu Industriellen unterhalten. Solche Freundschaftsdienste, die ihnen aus der Industrie entgegengebracht werden, würden doch ihre politischen Entscheidungen nicht beeinflussen und sollten daher nicht überbewertet werden, die Gelder die sie erhalten hätten, seien in vollem Umfang an ihre Parteien weitergeleitet worden.

Angesichts der bevorstehenden Wahlen - ein genaues Datum dafür gibt es nach wie vor nicht -, bietet der Skandal willkommene Wahlkampfmunition, die jedoch alle Parteien trifft. Nur wenige Kommentatoren weisen darauf hin, daß es eigentlich wichtigere innenpolitische Themen und Probleme gibt, die es zu lösen gelte. So lenke der Skandal nur ab von den wachsenden ökonomischen und sozialen Gegensätzen innerhalb der indischen Gesellschaft, die immer bedrohlichere Ausmaße annähmen. Aber auch in Deutschland ist ja in Wahlkampfzeiten die Teilnahme von Politikern an Wiener Tanzveranstaltungen wichtiger als eine seriöse Auseinandersetzung mit den drängenden Problemen.



(aus: 'The Economic Times', Delhi)